

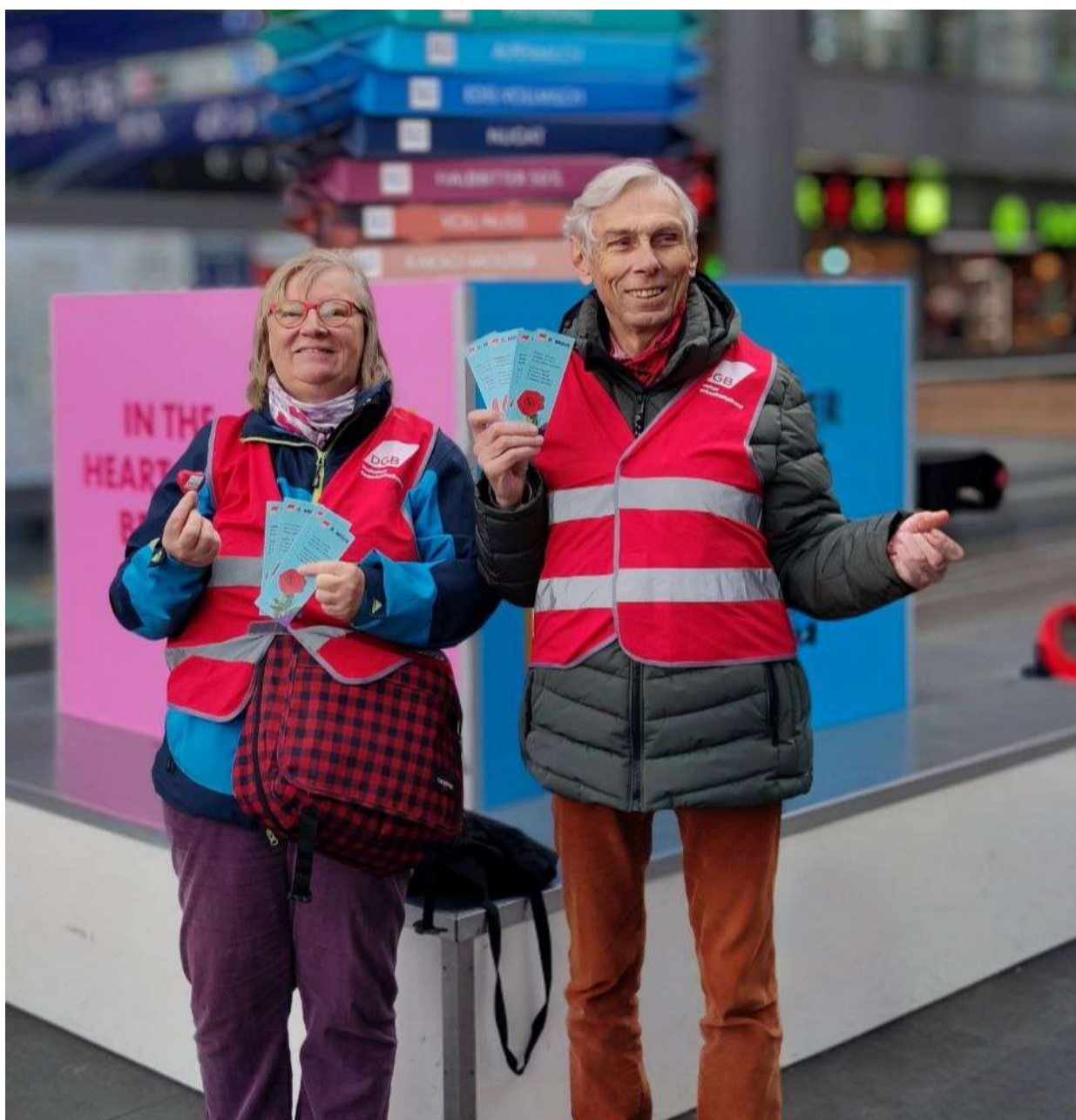
# Senioren- Report



Geschäftsstelle Berlin

Ausgabe 132

April 2026



Manuela und Hartmut aktiv am Frauentag 2026

## Inhaltsverzeichnis

Grußwort Ines Beeck / Leitartikel.....	3
Delegiertenversammlung / Besuch des Kabarett-Theater Distel.....	4
Besuch der Berliner Stadtbibliothek – Mitte.....	5
Wohnen in Berlin um 1900.....	6
Mitgliederversammlung zum Thema Sozialstaatsoffensive.....	7
Sozialstaatsbündnis spricht mit 20 Millionen Stimmen.....	8
Reformen? Schröder+Merz = SchMerz.....	9
Der Computer und ich.....	10
Offener Brief an die Alterssicherungskommission.....	11
Auch das sollte Thema einer Renten-Reform sein / Berlin im Vorwahlkampf..	12
Verkehrsentscheid - worum geht es?.....	13
Solidarität mit Kolleginnen und Kollegen bei IAV / Aktiv am Frauentag.....	14
DGB-Aufruf zum 1. Mai .....	15
SAK-Aufruf zum 1.Mai/Termine.....	16

## Impressum

Redaktion:

Astrid Diebitsch, Hartmut Herold, Christian Fromm,  
Werner Kühnemann, Dorothea Lay, Hartmut Meyer,  
Manuela Wegener, Monika Wittek

Titelbild: E. Wegener

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 12.06.2026

V.i.S.d.P.: Ines Beeck, Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Berlin

*Email-Adresse für Beiträge zum Senioren-Report:*

[seniorenreport@gmx.de](mailto:seniorenreport@gmx.de)

*Senioren-Report im Internet:*

<https://www.igmetall-berlin.de/gruppen/ak-senioren/senioren-report>



## Grußwort



Ines Beeck  
Zweite  
Bevollmächtigte  
IG Metall Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit der letzten Ausgabe haben vielerorts Betriebsratswahlen stattgefunden. Dabei zeigt sich eins deutlich: Die IG Metall ist in unseren Betrieben eine starke und verlässliche Kraft. In manchen Betrieben ist, das gehört zur Wahrheit, die Wahlbeteiligung hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben. Doch dort wo Mitbestimmung und Demokratie gelebt werden, ist die IG Metall mehrheitlich präsent und ein Erstarken offener Kräfte blieb aus.

Das ist wichtiger denn je. Spannungen prägen aktuell die soziale und wirtschaftliche Lage. Preissteigerungen in Supermarkt und an der Zapfsäule, Unsicherheiten in der Industrie und tiefgreifende Transformationsprozesse lösen bei vielen Menschen große Sorgen aus. Umso wichtiger ist es, dass wir die demokratische Beteiligung in den Betrieben stärken. Denn es ist absehbar, dass betriebliche und tarifliche Konflikte um Beschäftigung und Standorte, aber auch um bessere Arbeitsbedingungen und faire Anteile bei den Gewinnern der Transformation, zunehmen werden. Hier wird deutlich, wie entscheidend eine starke Organisation ist – und dass wir gut daran tun, neue Mitglieder zu gewinnen und bestehende zu halten.

Der Erste Mai erinnert uns jedes Jahr genau daran. Als Tag der Arbeit steht er für die Rechte, die erkämpft wurden – und für die Verantwortung, sie angesichts neuer Herausforderungen zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Ob Tarifkämpfe, die Zukunft der Industrie oder eine verlässliche Absicherung im Alter: Die IG Metall verbindet diese Fragen und macht sie zu einer gemeinsamen Aufgabe.

Die kommenden Monate werden entscheidend sein, um Vertrauen in kollektives Handeln zu stärken und Beteiligung neu zu beleben. Erfahrung, politische Klarheit und gelebte Solidarität sind dabei ein starkes Fundament. Genau dafür steht unsere Organisation – gestern, heute und morgen.

Solidarische Grüße

Eure Ines

## Es gibt viel zu tun

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Leitung des Arbeitskreises hat den Geschäftsführenden Vorständen der IG Metall und des DGB gleichlautende Offene Briefe im Namen des SAK zugesandt. In den Briefen werden die Geschäftsführenden Vorstände aufgefordert, mit den Mitgliedern in Kontakt zu treten und ihre Meinung einzuholen, einen Debattenraum zu öffnen, statt nur die (objektive?) Meinung der Mitglieder zu repräsentieren. Im Seniorinnen- und Seniorenarbeitskreis haben wir bereits diskutiert, welche Möglichkeiten z.B. bei Umfragen berücksichtigt werden könnten.

Weiterhin hat die Leitung sich mit einer Werbeaktion für den SAK beschäftigt. Wir beabsichtigen, uns an potenziell Interessierte zu wenden und sie ggf. zu einer Kennenlern-Runde einzuladen.

Das Thema Jubilarehrung beschäftigt uns auch noch. Hierzu wollen wir klären, unter welchen Rahmenbedingungen wir aktiv werden könnten. Dies erfordert dann auch eine Diskussion im SAK.

Abschließend möchten wir euch noch mitteilen, dass wir in Erkner uns auch mit Anträgen zum Gewerkschaftstag beschäftigen wollen. So haben wir genügend Zeit für tolle Anträge.

Falls ihr euch an den spannenden Diskussionen und Aktivitäten beteiligen wollt, seid ihr herzlich willkommen.

Herzliche Grüße

Euer Leitungsteam

Burkhard Bildt, Christian Fromm, Dorothea Lay,  
Klaus Murawski, Manuela Wegener, Monika Wittek

E-Mail: [SenAK-IGMetall-Berlin@gmx.de](mailto:SenAK-IGMetall-Berlin@gmx.de)

10. März 2026

## Bericht von der Delegiertenversammlung

Schon lange wird versucht, die Delegiertenversammlungen interessanter zu gestalten, eher mit wenig Erfolg. Dieses Mal konnte tatsächlich ein betrieblicher Delegierter dazu gebracht werden, aus seinem Betrieb zu berichten. Und man merkte am Applaus: Das kam an! Vielleicht sollte man in Zukunft vorab beraten, in welchem Betrieb es gerade Berichtenswertes gibt und jemanden überreden...

Die Tatsache, dass sich die drei neuen Mitglieder der Geschäftsführung beim Geschäftsbericht abwechselten, trug auch zur Auflockerung bei.

Und die Delegierten durften erstmals live per QR-Code an einer Abstimmung teilnehmen: Wie bereit sie sind, in der Tarifrunde an Ansprache- oder Tor-Aktionen teilzunehmen.

Zum Inhalt: Die Mitgliederzahlen in Berlin sind leicht gesunken, aber immerhin weniger als in ganz Deutschland. Die Tarifrunde legt im September richtig los. Die Betriebsratswahlen sind in vollem Gange. In

mehreren Berliner Betrieben wird über Restrukturierungen und sogar Standortschließung verhandelt, aber es gab auch einen neuen Haustarifvertrag mit weniger Wochenstunden. Es wurden zwei neue hauptamtliche Sekretäre für Jugend und Studierende eingestellt. Eine davon war vorher Mitglied im Ortsvorstand, deshalb musste nun ein Mitglied nachgewählt werden. Und in den Tarifkommissionen wurde die alte Geschäftsführung durch die neue ersetzt.

Zum Anteil der Senioren, die ja angeblich zu oft reden: Sowohl die Ergebnisse der Mandatsprüfung als auch der Revision wurden von Seniorinnen berichtet. Die Arbeit machen sie also auch. Und ohne Astrids Frage nach Stimmen aus den Betrieben, wäre der Kollege bestimmt nicht aufgestanden und hätte uns den tollen Bericht aus seinem Betrieb gegeben...

Manuela Wegener

26. Februar 2026

## Besuch des Kabarett-Theater Distel



Das Kabarett-Theater Distel in der Berliner Friedrichsstraße wurde im Jahr 1953 gegründet. Es entstand als Gegenpol zu den Westberliner Kabarets und entwickelte sich zu den bekanntesten

und beliebtesten Kabarett-Ensembles Deutschlands.

In diesen bedrohlichen Zeiten hatten wir mal Lust auf richtig harte Satire zur Politik unserer Regierung. Das Stück trägt den Titel „Die Klöckner von Instagram“.

Im ersten Teil war es ein bunter Mix aus Sketchen über Probleme bei der Deutschen Bahn, der Bundeswehr und den widersprüchlichen Auftritten von Politikern. Elon Musk hat auch nicht gefehlt. Im zweiten Teil wurde dann die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Julia Klöckner, parodiert. Ihre Sprache und

Gesten konnte man belächeln. Ich glaube, das Programm hat den meisten Zuschauern sehr gut gefallen.

Bei mir hätte die Satire noch etwas schärfer sein können, es ging doch manchmal in Comedy über. Sehr gut kamen aber die musikalischen, gesanglichen Einlagen beim Publikum an. Es waren bekannte Melodien mit satirischen Texten.

Die drei Schauspieler Timo Doleys, Stefan Martin Müller und Nancy Spiller haben hervorragend gespielt und gesungen. Es war ein sehr schöner Abend und manche Melodie - „alles marode, marode ...“ - geht einem nicht aus dem Kopf. Auch der Geschirrspüler der Distel war marode und Handwerkerangel. Es gab nur Flaschenware.

Unser Gaststättenbesuch war okay. Das „Gaffel Haus“ ist eine sehr schöne Location. Leider wurde man nicht besonders höflich behandelt, aber wir haben das Beste daraus gemacht.

Vielen Dank an Uwe Prüfer für die Organisation!

Bernd Walter

18. März 2026

## Besuch der Berliner Stadtbibliothek – Mitte

Der Arbeitskreis der Seniorinnen und Senioren organisierte einen Besuch zum östlichen Standort der **Berliner Zentral- und Landesbibliothek (ZLB)**, der Berliner Stadtbibliothek mit dem Sonderbereich „**Berlin Sammlungen**“. Gegründet 1901, bezog die Berliner Stadtbibliothek 1920 nach dem Sturz der Monarchie die nicht mehr benötigten Räume des ehemaligen Pferdestalls und Kutschenhauses des Kaisers, den Marstall. Wir waren insgesamt 32 Teilnehmende und teilten uns deshalb für den ersten Teil der Führung in 2 Gruppen. Die beiden Rundgänge, geführt von Hartmut und Gerhard, begannen am Schlossplatz und gingen durch die Innenhöfe des Marstalls bis zum A-Portal der Bibliothek in der Breite Straße. Der Marstall in seiner heutigen Form stammt im Wesentlichen aus dem Jahr 1902. Zwei Gebäude an der Breite Straße, der alte Marstall (1670) und das Ribbeck Haus (1624), sind älter. Neben dem Neubau der Berliner Stadtbibliothek (1966) nutzt die Bibliothek heute fast alle Bereiche des Marstalls, mit Ausnahme der Seite zum Humboldt Forum.



Der andere westliche Standort der ZLB, die **Amerika-Gedenkbibliothek**, wurde am Halleschen Tor 1954 eröffnet. Beide Bibliotheken wurden nach der Wiedervereinigung 1995 zur Berliner Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) zusammengeführt. Seitdem versucht die ZLB einen gemeinsamen und den Anforderungen einer modernen Bibliothek angemessenen neuen Standort zu erreichen.

Wir gingen dann wieder vereint in das Foyer der Bibliothek und wurden dort von einer Mitarbeiterin der „Berlin Sammlungen“ begrüßt, die unsere Führung innerhalb der Bibliothek fortsetzte. Als erstes erhielten wir einen Überblick über die Aufgaben der ZLB, als Zentralbibliothek aller öffentlichen Bibliotheken Berlins und als Landesbibliothek Berlins. Insgesamt besitzt die ZLB 3,7 Millionen Medien und ist damit die größte öffentliche Bibliothek Deutschlands. Als Berliner Landesbibliothek hat sie u.a. das Recht auf die Pflichtabgabe von zwei Exemplaren aller in Berlin erschienenen Publikationen. Anschließend wurden uns die verschiedenen Bereiche der Bibliothek gezeigt, wie der Lesesaal, die Bücherausgabe mit der elektronischen Verbuchung und die Magazinbereiche im Keller. Dort sahen wir endlose Reihen von Regalen, gefüllt mit Büchern direkt neben der Spree, nur getrennt durch die Außenwand des Marstalls.

Wir gingen dann wieder vereint in das Foyer der Bibliothek und wurden dort von einer Mitarbeiterin der „Berlin Sammlungen“ begrüßt, die unsere Führung innerhalb der Bibliothek fortsetzte. Als erstes erhielten wir einen Überblick über die Aufgaben der ZLB, als Zentralbibliothek aller öffentlichen Bibliotheken Berlins und als Landesbibliothek Berlins. Insgesamt besitzt die ZLB 3,7 Millionen Medien und ist damit die größte öffentliche Bibliothek Deutschlands. Als Berliner Landesbibliothek hat sie u.a. das Recht auf die Pflichtabgabe von zwei Exemplaren aller in Berlin erschienenen Publikationen. Anschließend wurden uns die verschiedenen Bereiche der Bibliothek gezeigt, wie der Lesesaal, die Bücherausgabe mit der elektronischen Verbuchung und die Magazinbereiche im Keller. Dort sahen wir endlose Reihen von Regalen, gefüllt mit Büchern direkt neben der Spree, nur getrennt durch die Außenwand des Marstalls.

Dann gingen wir in den Lesesaal der „Berlin Sammlungen“.

Auf zwei großen Tischen lagen Bücher zu drei mit uns vorbereiteten Themen aus:

1. Die Vereinigung des Berliner Gewerkschaftsverbandes mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) 1897.
2. Wohnen und Stadtplanung um 1900 in Berlin.
3. Die Moabiter Unruhen von 1910.

Ergänzend wurden wir in die Recherche des Archivs mit ca. 450 Zeitungstitel (Berliner Presse ab 1724) eingewiesen.

Wir vertieften uns in die ausliegenden Bücher entsprechend den Themen und persönlichen Interessen. Zur Überraschung waren die Probleme von damals, z.B. eine bezahlbare Wohnung in Berlin zu finden, auch heute wieder aktuell, wenn auch 1900 unter wesentlich ärmeren Verhältnissen. Die Beschreibungen der Wohn- und Arbeitsverhältnisse waren sehr spannend, da sie sehr genau erfasst waren.



Bei der Vorbereitung vom ersten Thema stießen wir auch auf Spuren aus der früheren Arbeit des Senioren-Arbeitskreises, die Herausgabe eines Buches „100 Jahre IG Metall Verwaltungsstelle Berlin“ im Jahr 2007. So hatten wir ein passendes Geschenk als Dank an die ZLB gefunden und übergaben die letzten zwei noch bei uns vorhandenen Exemplare. So konnten wir nach 19 Jahren gleichzeitig unsere Abgabepflicht an die ZLB erfüllen.



Danach kam das gemeinsame Essen im „Italiener“ auf der Fischerinsel. Dies war wie immer ein krönender Abschluss unseres Ausfluges in angeregter Unterhaltung. Gerhard Lux

## ZLB-Recherche am 18. März 2026

# Wohnen in Berlin um 1900

Auf zwei Tischen lagen mehrere Bücher zu den Recherche-Gebieten Gewerkschaften 1900, Wohnen 1900 und Moabiter Unruhen.

Ich setzte mich an den Tisch mit dem Thema „Wohnen“. Vor mir lag ein Buch mit Tabellen, Beschreibungen und Bildern – ich fing an zu blättern ... und war erstaunt über die detaillierte und nüchterne Beschreibung der Wohnsituation um 1900.

Der Titel des ungefähr 60-seitigen Buches: „Unsere Wohnungs-Enquete im Jahre 1905 – Im Auftrage des Vorstandes der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker bearbeitet von Albert Kohn“.



Kohn stellte mit Medizinern einen Recherchebogen zusammen, mit dem dann Wohnungsbesuche bei den Patienten durchgeführt wurden. Fragen aus dem Recherchebogen: Name, Adresse, männlich/weiblich, Alter, Krankheit, bettlägerig, Vorderhaus (l/r), Seitenflügel, Quergebäude, Parterre, Treppen, Dach, Keller, Raumanzahl, Größe des Zimmers (Länge, Breite, Höhe, Fenster, hell/dunkel/feucht, wieviel Personen teilen mit dem Kranken den Raum (Tag/Nacht), Patient: Bett zur alleinigen Benutzung, Raum Arbeitsstätte oder Betriebswohnung, Heizgelegenheit (eiserner Ofen, Kachelofen, Kochmaschine), Lage des Klosetts (Hof, Wohnung, Korridor, Treppen) und von wieviel Personen/Haushaltungen benutzt, Stellung des Kranken im Haushalt (Mann, Frau, Tochter, Sohn, verwandt, möbliert wohnend, Schlafstelle, waren bereits Tuberkulose-Erkrankungen im Haushalt (wer, Ausgang?), Geburtsort, wie lange in Berlin, Arbeitszeit in Stunden.

### Beispiel eines Recherche-Ergebnisses

Kellerwohnung in der Höchste Straße 18 (Friedrichshain). Dort wohnten in einer Stube von etwa

17 qm eine Näherin mit ihren drei rachitischen oder teilweise verkrüppelten Kindern und ihrem lungenkranken Mann ohne Sonnenlicht, dazu gab es noch eine Küche und eine dunkle, feuchte, nicht benutzbare Kammer.

Kohns Geniestreich aber war, den Berichten Fotos beizugeben - fast immer mit Blitzlicht, da die Wohnungen zu dunkel waren! Diese Fotos sollten nicht Mitleid erregen, sondern Veränderung hervorrufen.

### Wer war dieser Albert Kohn?

1857 in München geboren, gestorben 1926 in Berlin; ab 1893 in der Ortskrankenkasse Berlin tätig, Gewerkschafts- und SPD-Mitglied. Von 1903 bis 1920 gab Kohn jährlich eine Wohnungs-enquete heraus - sogar während des Krieges. Bereits damals war bekannt, dass die schlimmen Wohnungsverhältnisse Hauptursachen für viele Krankheiten waren, nicht nur die Arbeitsbedingungen.

### Statistik belegte Krankheitsursache

Eine Statistik aus dem Jahr 1905 legt nahe, dass der Krankheitsverlauf eines Menschen davon abhing, ob er in einem Vorder- oder einem Hinterhaus wohnte. Kohns Anliegen war es, vorbeugend zu wirken, die Verhältnisse zu verändern, um Krankheiten gar nicht erst entstehen zu lassen.

Kohns Arbeit in der Ortskrankenkasse Berlin (ab 1914 AOK, 500.000 Mitglieder), die Anfeindungen durch die gewinnorientierte private Wohnungswirtschaft, und auch die Ansprüche der Politik überzeugten ihn, dass Veränderungen bei der Wohnungssituation nur bei genauer Recherche und mit medizinisch-wissenschaftlichen Daten erreicht werden können. Als erste Krankenkasse gründete die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin eine Lungenheilstätte 1907 in Müllrose bei Frankfurt/Oder (Gut Zeisigberg).

### Freund der Kranken

Albert Kohn, der „Freund der Kranken“, hat viele Leben in Berlin gerettet – die Stadt Berlin sollte es ihm danken. Ich suchte also im Stadtplan Berlin nach einem Denkmal oder einer Straße mit dem Namen „Kohn“ – vergebens. Aber wir haben ja seinen Zeitgenossen namens Hindenburg mit seinem Damm ...

Hartmut Herold

<https://www.deutsche-biographie.de/pnd137734492.html#ndbcontent>

# Mitgliederversammlung am 25. Februar 2026

## Thema: Sozialstaatsoffensive der IG Metall

### Der Sozialstaat muss umgebaut werden!

Seit Monaten prasseln Vorschläge für einen Sozialabbau auf uns nieder. Im Interesse der Mehrheit der Bürger steht jedoch ein Ausbau des Sozialstaates. Nötig sind jetzt Maßnahmen, die in dieser Konfliktsituation in die Offensive für einen besseren Sozialstaat führen.

### Wo steht die IG Metall?

Stefanie Janczyk, Leiterin des Fachbereichs Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall, stellt sich auf der gut besuchten Mitgliederversammlung den Fragen von etwa 50 Mitgliedern.

Aus ihrer Sicht gilt es (in der Fußballsprache) zunächst die Null zu halten, also Sozialabbau zu verhindern, um dann offensiv zum Tore schießen zu kommen, den Sozialstaat zu verbessern.



### Die Aufgabe ist immens.

Doch der Widerstand nimmt organisierte Formen an. Noch nie gab es in so vielen IGM-Geschäftsstellen Veranstaltungen zu diesem Thema wie aktuell. Mit Erleichterung haben wir vernommen, dass ein breites Bündnis entsteht und bald öffentlich bekannt gemacht wird. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass es zu einer viel stärkeren Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern kommen muss. Eine machtvolle Offensive erfordert eine gute Taktik und diese wird nur gut, wenn jeder Einzelne seine Meinung einbringen kann. Das ist angekommen.

### Finanzierung sichern

Ein weiterer Schwerpunkt war die Finanzierung des

Sozialstaates. Dieser darf nicht zugunsten von Aufrüstung und Profitmehrung geopfert werden. Die Mythen einer nicht finanzierbaren Sozialpolitik sind zu entlarven. Auch wenn der demographische Wandel



mehr Geld erfordert, favorisieren die Teilnehmer nicht die Erhöhung der Sozialbeiträge. Besser wäre, diese konstant zu halten und eine Vermögenssteuer zu erheben, um die Mehrausgaben zu schultern. Per Grundgesetz soll abgesichert werden, dass die Vermögenssteuer nur für soziale Zwecke verwendet werden darf.

### Angeregte Diskussion zu brennenden Fragen

Zum Thema Rente gab es viele Wortmeldungen, die sich um die betriebliche Altersvorsorge, um die Einbeziehung der Beamten in eine Erwerbstätigenversicherung sowie die Höhe des Rentenniveaus im Zusammenhang mit der Grundsicherung drehten. Die Meinung der Teilnehmer zur betrieblichen Altersvorsorge ist klar, sie soll Arbeitgeberfinanziert werden und möglichst die gesetzliche Rente stärken. Eine Integration der Beamten wirft Fragen der Angleichung von Renten und Pensionen auf und könnte auch so aussehen, dass Renten sich auf die Pensionen zubewegen. Dies würde auch helfen, durch Niedriglöhne eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erreichen.

Die Zeit verstrich rasend schnell. Auch wenn es uns nicht schnell genug geht, so sehen wir doch, dass an den Bedingungen für eine große Offensive gearbeitet wird.

Wir sind bereit, uns persönlich einzubringen,

Burkhard Bildt

# Für einen gerechten Sozialstaat Sozialstaatsbündnis spricht mit 20 Millionen Stimmen

## Sozialstaatsbündnis gegründet

14 zivilgesellschaftliche Organisationen mit insgesamt 20 Millionen Mitgliedern haben ein Bündnis gegründet, das für die Sicherung des Sozialstaats eintritt.

## Umfrage

In einer Umfrage konnten sich die Befragten dazu äußern, wie der Sozialstaat gestaltet werden sollte.

Zusammengefasst werden die Rückmeldungen und die Forderung in einer **Pressemeldung des DGB vom 10. März 2026**: „Zu den wichtigsten Ergebnissen zählt die breite Unterstützung für einen starken Sozialstaat: 79 Prozent der Befragten sagen, dass ein leistungsfähiger Sozialstaat den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Eine deutliche Mehrheit von 73 Prozent spricht sich dafür aus, Menschen mit sehr hohem Vermögen stärker als bisher zu seiner Finanzierung heranzuziehen. Nahezu einhellig ist die Meinung beim Thema Pflege: 95 Prozent halten eine menschenwürdige stationäre und ambulante Versorgung für notwendig, die niemanden finanziell überfordert. Trotz anhaltender Debatten und Desinformationskampagnen wäre mehr als die Hälfte

der Befragten bereit, höhere Beiträge zu zahlen, wenn dadurch die eigene Rente steigt. Auch bei der Vergabe von Facharztterminen plädiert eine klare Mehrheit von 77 Prozent für eine strikte Gleichbehandlung von gesetzlich und privat Versicherten.“

## Mitglieder des Bündnisses:

- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeiterwohlfahrt
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
- Deutscher Caritasverband
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Deutscher Mieterbund
- Der Paritätische Gesamtverband
- Diakonie Deutschland
- IG Metall
- Sozialverband Deutschland SoVD
- Sozialverband VdK Deutschland
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
- Volkssolidarität
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

## Das Sozialstaatsbündnis verfolgt 5 zentrale Ziele:

### 1. **Starke, solidarisch finanzierte soziale Sicherungssysteme:**

Ein guter Sozialstaat braucht eine solidarische und verlässliche Finanzierung guter Renten, Gesundheitssysteme und Pflege. Hochvermögende sollen ihren Beitrag stärker leisten, kleine und mittlere Einkommen entlastet werden.

### 2. **Handlungsfähiger Sozialstaat in Bund, Land und Kommune:**

Leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge – von Bildung über Gesundheit bis Wohnraum – stärkt das Vertrauen in Staat und Gesellschaft.

### 3. **Gute Arbeit und soziale Absicherung:**

Tarifbindung stärken, faire Mindestlöhne sichern und Arbeitsbedingungen ausbauen sowie Arbeitsmarktpolitik, die Beschäftigte bei Wandel und Übergängen unterstützt.

### 4. **Armut wirksam bekämpfen und Teilhabe fördern:**

Soziale Ungleichheit verringern, Inklusion vorantreiben und den Zugang zu Bildung für alle ermöglichen.

### 5. **Klimaschutz mit sozialer Sicherheit verbinden:**

Ökologische Transformation muss sozial gerecht gestaltet werden – mit fairer Lastenverteilung und sicheren Übergängen für Beschäftigte und Regionen.

## Reformen? Schröder+Merz = SchMerz

Die Agenda 2010 ist noch nicht ganz als Angriff auf Sozialstaatlichkeit vergessen, doch die Verklärung wächst. Jetzt bringt sich Ex-Kanzler Schröder wieder ins Gespräch als Vater dieser Agenda. So lange ist es nicht her, dass wegen „Putinnähe“ sein Ausschluss aus der SPD erwogen wurde. Wer an der 5%-Hürde (Landtagswahl in Ba-Wü) zu scheitern droht, braucht die Verklärung solcher Helden. „Wir werden Leistungen des Staates kürzen“, hatte er am 14.3.2003 verkündet.

„Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass...“ hat noch nie funktioniert. Man kann nämlich die „Lohnnebenkosten“ nicht senken, ohne den „Lohnempfängern“ etwas weg zu nehmen. Also die Löhne unter Druck zu setzen. Das schafft Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor zuerst. Und führt insgesamt zu Löhnen, die hinterherlaufen. Aber es steigert die „Wettbewerbsfähigkeit“, verbessert das „Investitionsklima“. Maßstab der Wettbewerbsfähigkeit ist nicht, ob das Produzierte gebraucht wird, sondern ob sich das angelegte Geld möglichst schnell und stark vermehrt. Auch wenn wir das nicht immer wissen wollen und wenn uns gutbezahlte Wirtschaftsweisen das ausreden wollen, ist es doch offensichtlich: Hätten wir Kapital, wir würden es dorthin wandern lassen, wo es sich am wohlsten fühlt. Der Unterschied ist: Wir haben kein Kapital. Wir leben vom Verkauf der eigenen Arbeitskraft und nicht vom Kauf von Arbeitskraft. Wer uns „Humankapital“ nennt, ist nicht human.

„Mehr Wachstum, mehr Beschäftigung“ soll die Agenda 2010 gebracht haben. Das stimmt. Wenn allerdings weltweit die Märkte gesättigt sind, dann wird hier produziert, was anderswo nicht mehr produziert wird. Die Arbeitskräfte konkurrieren. Wer hat ein Interesse daran, dass sie sich dabei unterbieten? Diese Binsenweisheit ist so alt, dass einst Gewerkschaften entstanden, um dieser Unterbietungsspirale zu begegnen. Die Unterbietung schafft Arbeitsplätze hier, die möglicherweise im „Rostgürtel“ der USA verloren gehen. Arbeitsplätze mit Löhnen, die hier nach 40 Jahren zur Rente unterhalb der „Sozialhilfe“ reichen.

„Fördern und fordern“ hieß es. Z.B. durch Lockerung des Kündigungsschutzes. Ein Schelm, der dabei nicht ans Ganze denkt: Die Schaffung von mehr Milliarden. „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“, sagte der SPD-

Kanzler Helmut Schmidt. Böse Zungen behaupten dagegen: Die Gewinne von heute sind die gesteigerte Gewinnerwartung von morgen. Nur 5,3 Milliarden Gewinn bei der Daimler-Benz AG. Die Personalkosten müssen weiter gesenkt werden. VW folgt.

Was noch? Das Bürokratiemonster! Die Agenda 2010 regelte auch die „Zumutbarkeit“ neu, flankiert von verkürztem Arbeitslosengeldbezug und verlängerten Arbeitswegen. Wen wundert es, dass jetzt die immer wieder verteidigte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall dem Ruck im Weg steht, der „unser Land“, das uns nicht gehört, retten soll. Bürokratiemonster? Könnte es sein, dass ein Teil der Schwerfälligkeit des Staates gar nicht auf das Schlaraffenland der Faulpelze zurückgeht, sondern vielmehr mit den Wucherungen des Lobbyismus zu tun hat? Wenn Gesetze von Lobbyisten der Pharmaindustrie vorbereitet werden, kommt bei Gesundheitsreform heraus, dass Medikamente anderswo billiger sind. Und die zigte Gesundheitsreform die „Arbeitgeber“ entlastet. Oder die neue S-Bahn versandet, weil der Staat sich hier kein „Basta“ zutraut. Beim ollen Marx wird dem Staat auch die Rolle des „ideellen Gesamtkapitalisten“ zugeschrieben. Der sorgte einst für den Bau der Eisenbahn gegen die Interessen von Einzelkapitalen. Das ist das Gegenteil von Privatisierung.

Das Kapital wandert dahin, wo es sich am wohlsten fühlt. Tesla-Musk sagt: Wenn ihr jetzt nicht meinen Betriebsrat wählt, wähl ich einen anderen Ort. Das kann er, ohne wegen Erpressung angeklagt zu werden. Die IG-Metall zieht vor Gericht. War die BR-Wahl unter diesen Bedingungen frei? Die Wahlen wären frei, wenn Musk gemäß dem Grundgesetz dazu verpflichtet würde, das Wohl der Allgemeinheit im Auge zu haben. Wer mit seinem Eigentum so herrschaftlich umgeht, dessen Reise zum Mars sollte gefördert werden.

Schmerz bereitet immer wieder, dass letztlich Arbeitsleistung nur in Bilanzen anerkannt wird. Die sind unersättlich. Schmerz bereitet, dass unsere Tüchtigkeit, unser Arbeitswille angeblich des Kommandos der Geldvermehrung bedarf. Wann lässt der Schmerz nach? Wenn wir im Arbeiter im Rostgürtel der USA den Bruder sehen. Und die Schwester. Das allerdings wird erleichtert, wenn der / die in uns ihresgleichen sehen statt in Musk und Trump. Das macht schMerzfrei. Und schafft Frieden.

Paul Bender

# Der Computer und ich

Ich habe seit vielen Jahren ein grundsätzlich positives Verhältnis zu Computern. Sie haben mich über einen großen Teil meines Berufslebens begleitet – von den ersten, sehr einfachen Anwendungen bis hin zu komplexen 3D-Planungsprogrammen.

Während meines Studiums und in den ersten Jahren meiner Berufstätigkeit gab es noch nicht einmal Taschenrechner. Als junge Projektierungsingenieurin habe ich mir oft gewünscht, es gäbe ein Hilfsmittel, mit dem sich die immer wiederkehrenden iterativen Berechnungen von Druckverlusten in Rohrleitungen vereinfachen ließen. Damals war das reine Zukunftsmusik.

In den 1980er-Jahren hielt in meiner Firma der erste Computer Einzug. Ein Informatiker brachte uns die Grundlagen der sehr einfachen Programmiersprache BASIC bei.

Auch in meinem weiteren Berufsleben war ich ständig mit neuen und wechselnden Anwendungsprogrammen und Updates konfrontiert. Das Konstruieren am Computer hat mich von Anfang an fasziniert, sei es bei Siemens in Erlangen, bei Vattenfall oder bei einem kleinen Ingenieurbüro. Von AutoCAD über 3D bis EXCEL und PDMS (Plant Design Management System) habe ich viele Programme nutzen gelernt.

Natürlich nutze ich den Computer auch privat: Ich zeichne Wohnungsgrundrisse und Patchwork-Muster, schreibe Einkaufslisten, sortiere Bücherlisten, werte sportliche Aktivitäten aus, bearbeite Fotos digital, lese Zeitungen als E-Paper, erledige Online-Banking und bestelle Tickets.

Während meiner Berufstätigkeit gab es regelmäßig vom Arbeitgeber oder vom Arbeitsamt organisierte Weiterbildungen. Zudem standen mir stets erfahrene Kolleginnen und Kollegen zur Seite, die man fragen konnte. Diese Möglichkeiten habe ich als alleinstehende Rentnerin nicht mehr. Ich merke, wie schnell man Fähigkeiten verliert, die man früher sicher beherrscht hat. Trotzdem möchte ich wenigstens einen Teil meiner Kenntnisse anwenden – sei es als „Gehirnjogging“ – und auch Neues lernen, zum Beispiel im Bereich Künstliche Intelligenz.

Nach all diesen Erfahrungen mag es verwundern, dass ich mich im Umgang mit dem Computer heute oft unsicher fühle. Früher habe ich gesagt: einfach machen, es kann nichts passieren. Das stimmt so leider nicht mehr. Viren, Betrugsversuche und Cyberkriminalität stellen

reale Risiken dar, und es gibt niemanden mehr, den man spontan um Rat fragen kann.

Ich besuche weiterhin Volkshochschulkurse, nutze digitale Angebote in Bibliotheken wie das „Digitale Zebra“ oder nehme an Kursen in Freizeittreffs teil. Gerade dort ist es für die Veranstalter schwierig, da die Vorkenntnisse der Teilnehmenden sehr unterschiedlich sind. Es fällt mir schwer, mir nach einmaligem Erklären die Reihenfolge notwendiger Arbeitsschritte zu merken.

In einem Kurs zur digitalen Bildbearbeitung habe ich positive Erfahrungen gemacht: Der Dozent schrieb viel an die Tafel, auch wenn die Tafel inzwischen ein Whiteboard war und erklärte die Schritte nachvollziehbar. Deutlich schwerer tue ich mich mit YouTube-Videos. Viele beginnen nicht bei null, setzen zu viel voraus und betonen ständig, wie „einfach“ alles sei. Oft habe ich den Eindruck, dass eher gezeigt werden soll, was die Ersteller selbst können, als dass wirklich erklärt wird.

Trotz aller Unsicherheiten bleibt mein Interesse am Lernen bestehen. Der Computer hat mein Berufsleben geprägt – und ich wünsche mir, dass er mich auch im Ruhestand weiterhin begleitet, als Werkzeug, das fordert, fördert und den Geist in Bewegung hält.

Ich bin eine andere Art des Lernens gewohnt: mit Tafel, Mitschreiben und klaren, nachvollziehbaren Arbeitsschritten.

Ich wünsche mir mehr – selbstverständlich kostengünstige – Weiterbildungsangebote, die darauf Rücksicht nehmen und die Teilnehmenden langsam an neue Lerntechniken heranführen sowie einen Austausch unter Anwender - gerne auch innerhalb der IGMetall..

Gerda Seydler



.... Computer früher



Computer heute.....

# Offener Brief an die Alterssicherungskommission

Der Arbeitskreis der Seniorinnen und Senioren (SAK) der IGM Berlin hat in seiner letzten Sitzung einen Brief an die 13-köpfige Alterssicherung Kommission vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales beschlossen. Dieser ging auch an die vom DGB gegründete Rentenkommission.

Hier der Wortlaut des Briefes:

Sehr geehrte Mitglieder der Alterssicherungskommission der Bundesregierung,

wir, die Seniorinnen und Senioren der IG Metall Berlin, befassen uns in unserem Arbeitskreis intensiv mit den sozialpolitischen Diskussionen innerhalb der IGM und mit den Zielen der vom BMAS eingerichteten Alterssicherungskommission (ASK).

Sie sollen Vorschläge für eine Rentenreform machen. Wir befürchten, dass es bei dem Auftrag der ASK ausschließlich darum geht, die Kosten der Alterssicherung zu senken.

Sie haben sicherlich die Arbeit schon aufgenommen und wir gehen davon aus, dass Sie gestellten Fragen berücksichtigen werden.

- Die Höhe der deutschen Renten sind im europäischen Vergleich weit abgeschlagen auf Platz 17 von 22 in der EU. – Wie kann das sein, wir sind das wirtschaftlich stärkste Land in der EU?
- Jeder 5. Rentnerhaushalt (20 %) lebt in Armut, vor 20 Jahren war es noch jeder 9. Haushalt (11 %). Eine Steigerung um 80 %. – Wie kommt das, ist das akzeptabel?
- Der Anteil der Rentenzuschüsse am Bundeshaushalt sinkt, und zwar von 31 % 2004 auf 25% in 2024. – Nanu! Warum wird in der Öffentlichkeit dann immer das Gegenteil behauptet?
- Der Anteil der Rentenausgaben am Bruttoinlandsprodukt sinkt von 10,4 % 2003 auf 8,9 % in 2023, obwohl 1,5 Million Rentner mehr zu versorgen sind. – Kennen Sie diese Zahlen?
- Das Drei-Säulen Modell ist gescheitert. Die Riester-Rente ist gescheitert. Die Betriebsrenten schrumpfen. – Und jetzt soll dieses gescheiterte Modell das Modell der Zukunft sein?
- Die geburtenstarken Jahrgänge gehen bereits seit 7 Jahren in Rente und der Beitrag bleibt bei 18,6% bis mindestens 2028 stabil. – Haben Sie das schon irgendwie mitbekommen?
- Warum nimmt sich die Alterssicherungskommission nicht aller Systeme an, auch die der Beamten, Politiker und Selbständigen?

Wir erwarten nicht nur Antworten auf diese fundamentalen Fragen. Wir erwarten auch dass Sie die Meinung und den Willen von sehr großen Mehrheiten in der Bevölkerung respektieren und mit ihren Reformkonzepten Rechnung tragen.

- 80 % bis 90 % wollen auf keinen Fall eine Kürzung der Renten hinnehmen.
- 70 % bis 85 % wollen keine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit.
- Über 50 % wollen eine Rente, die mindestens 75 % des im Arbeitsleben erzielten Nettolohns beträgt.
- 99 % wollen eine Rente, die Altersarmut verhindert.
- 75 % bis 85 % wollen, dass Schluss ist mit dem Klassenrecht in der Altersversorgung und fordern eine Versicherung für alle Erwerbstätigen.

Wir sind uns sehr sicher, dass ohne die Beteiligung der Reichen und Vermögenden an der Finanzierung der Renten- und Sozialreformen es keine Antwort auf diese drängenden Fragen geben wird.

Und wir erwarten von Ihnen eine Antwort, mit welchen Zielen Sie an die Arbeit gehen und ob Sie bereit sind in einen Dialog mit den Betroffenen, den jetzigen und den zukünftigen Rentnern, einzutreten.

Berlin, den 07.04.2026

**Burkhard Bildt, Christian Fromm, Dorothea Lay, Klaus Murawski, Manuela Wegener, Monika Wittek**

## Altersarmut verhindern

# Auch das sollte Thema einer Renten-Reform sein!

### Armutsrisiko – ein Thema sowohl für junge als auch für ältere Menschen!

Die Angst vor Altersarmut wächst, wobei 38 % der Beschäftigten befürchten, dass ihre Rente nicht ausreicht, so der DGB!

Jede bzw. jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte verdient in Deutschland weniger als 2.750 Euro brutto im Monat.

Wie die Deutschen Presse-Agentur aus einer Antwort der Bundesregierung an den Linken-Abgeordneten Dietmar Bartsch schreibt, muss man mindestens 19,99 Euro in der Stunde verdienen, um nach 45 Jahren eine Rente oberhalb der Armutsgefährdungsgrenze zu erhalten.

In Deutschland galt eine Person laut Statistischem Bundesamt zuletzt als armutsgefährdet, wenn das Nettoeinkommen unter 1.446 Euro im Monat liegt. Das betrifft rund 13,3 Millionen Menschen.

Laut Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands sind hier Menschen im Ruhestand mit 25,2 Prozent überproportional betroffen.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass ältere Beschäftigte (50+) in den Betrieben bessere Chancen haben und nicht durch Jüngere verdrängt werden.

**Kernpunkt der IG Metall** gegen Altersarmut für Jung und Alt ist die Forderung nach einer Rente ohne Armut!

Dazu gehört:

- Stabilisierung und Erhöhung des Rentenniveaus auf 53%
- Anpassung der Standardrente
- Abschlagsfreie Rente
- Solidarische Erwerbstätigenversicherung

### Maßnahmen für Jung und Alt in Berlin:

#### - **Gegen Generationenspaltung:**

Die IG Metall betont, dass Rentenpolitik keine Frage von „Jung gegen Alt“ sein darf. Aktionen in Berlin verdeutlichen, dass beide Generationen von einer stabilen Rente profitieren.

#### - **Grundrente unterstützen:**

Die Grundrente wird als wichtiges Instrument zur Anerkennung von Lebensleistung und zur Vermeidung von Altersarmut befürwortet.

#### - **Betriebsrenten stärken:**

Da viele junge Menschen (17-27 Jahre) zu wenig für das Alter vorsorgen, fordert die IG Metall eine Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge (bAV)

#### - **Beratung & Solidarität:**

Die IG Metall Berlin bietet in spezifischen Arbeitskreisen auch Beratung für den Übergang in die Rente an.

### Fazit:

Lasst uns gemeinsam etwas gegen Altersarmut tun. Wenn Ihr euch einbringen wollt, meldet euch gerne beim Seniorenarbeitskreis.

Klaus Murawski

## Berlin im Vorwahlkampf



Die Stadt Berlin befindet sich im Vorwahlkampf. Neuerdings dürfen die Laternenmaste auch mit Plakaten „verziert“ werden, wenn es keine Wahl gibt. Zurzeit geht es um Unterschriftensammlungen für die Zulassung von zwei Volksbegehren.

Auf den Plakaten der Parteien sehen wir einen Überbietungswettbewerb: Autos verbieten

verboten (CDU), Für eine Stadt, die funktioniert (AFD), Berlin autofrei Nee (BSW), Autos verbieten Nein (FDP).

Dabei stimmen die Aussagen auf den Plakaten nicht. Es geht um Verkehrsreduzierung innerhalb der Berliner Umweltzone, nicht um ein Verbot von PKWs.

Die **Initiative Berlin Werbefrei**, die ebenfalls Unterschriften sammelt, setzt sich dafür ein, nur informative Werbung ohne Falschaussagen zuzulassen. Energiefressende Riesenbildschirme sollen aus dem Straßenbild entfernt werden.

Werben für gesunde Lebensmittel, solidarisches Verhalten und nachhaltige Konsumgüter halte ich für sinnvoll.

Klaus Murawski

# Verkehrsentscheid: worum geht es?

Eine Initiative will den Autoverkehr nach dem Motto: „Weniger Autos, mehr Berlin!“ in der Innenstadt verringern. Andere Großstädte wie New York, Paris und Helsinki haben es vorgemacht und es funktioniert.

Lärm und Abgase wurden erheblich reduziert, die Anzahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten ging zurück. Besseres Klima und mehr Platz für die Menschen und damit mehr Lebensqualität. Weniger Gefährdung für Ältere durch Hitzesommer.

Mit 334 zugelassenen Kraftfahrzeugen je 1000 Einwohner ist Berlin bundesweit das Schlusslicht, in Bayern sind es fast doppelt so viel Fahrzeuge. In der Berliner Umweltzone haben 68% der Haushalte kein Auto. Beim Öffentlichen Nahverkehr, also den Bussen, Straßen-, U und S- Bahnen sind wir die Nummer eins. Da die Stadt nicht für so viele Kraftfahrzeuge gebaut wurde, steht man permanent im Stau. Riesige Flächen stehen der Mehrheit der Menschen ohne PKW nicht zur Verfügung, sie sind zugeparkt.



## Das würde sich ändern

Das Stadtgebiet innerhalb des S-Bahnringes (Umweltzone) soll weitgehend von privaten Pkw befreit werden. Es wird viel Platz geben für Grünflächen, Fußwege und Fahrradstraßen. Hineinfahren mit dem PKW dürfen Einwohner und Gäste nur einmal im Monat.

Für eine Familie mit zwei Kindern wären es demnach monatlich vier erlaubte Fahrten. Die Genehmigung soll unkompliziert online beantragt werden. Für die BVG, Feuerwehr, Stadtreinigung, Polizei, Rettungsdienste und Lieferwagen gäbe es keine Beschränkung. Für gehbehinderte Personen wird es Ausnahmeregelungen geben. Das hört sich alles sehr radikal an.

Außerhalb der Umweltzone gibt es für die PKW-Fahrer\*innen ansonsten keine Änderungen.

## Die nächsten Schritte

Berlin hatte bereits 2018 mit dem **Mobilitätsgesetz** als erstes deutsches Bundesland den Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), Fuß- und Radverkehr gesetzlich festgeschrieben. An der Umsetzung mangelt es noch.

Darauf folgte 2019 die Initiative **Verkehrsentscheid** und sammelte mehr 50.000 Unterschriften für ein Gesetz. Nach nun drei Jahren hat das Berliner Verfassungsgerichtshof im Juni 2025 geurteilt, der Gesetzentwurf für eine weitgehend autofreie Innenstadt ist mit der Landesverfassung vereinbar. Jetzt startet die 2. Stufe des Volksbegehrens. Mit 171.000 gültigen Unterschriften, das Ziel sind 240.000, soll zeitgleich mit der Berliner Abgeordnetenhauswahl am 20. September über das Gesetz abgestimmt werden.

Die Initiatoren vom Verkehrsentscheid werden in den nächsten 4 Monaten mit verschiedenen Veranstaltungen und Straßenständen über die Vorteile für alle informieren und Unterschriften sammeln. Viele politische Parteien stellen sich gegen die Einschränkung des PKW-Verkehrs und plakatieren an den Laternenmasten in Berlin.

## Und dann?

Sollte es eine Mehrheit für dieses Gesetz sein, die Umsetzung 4 Jahre dauern. Der ÖPNV in das Berliner Umland und Außenbezirken sowie die P+R-Parkplätze müssen für Pendler ausgebaut werden. Auch der Umbau der Innenstadt wird dauern, diese wird dann aber für alle attraktiver werden. Vermutlich wird das mehr als vier Jahre dauern und viel Geld kosten, aber ein Anfang ist ein Anfang, wir sollten darüber abstimmen dürfen.

Klaus Murawski

## Solidarität mit Kolleginnen und Kollegen bei IAV

Der Automobil-Entwicklungsdienstleister IAV (Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr) ist ein führender Entwicklungspartner der Automobil-industrie und wurde 1983 in Berlin gegründet.

Von den bundesweit rund 5.500 Arbeitsplätzen an fünf Standorten sollen 1500 Arbeitsplätze bis Ende 2026 vernichtet werden. Der Standort Stollberg mit noch rund 830 Beschäftigten wurde in den letzten beiden Jahren bereits geschrumpft. VW als Haupt- Anteilseigner und Auftraggeber hat selbst Verantwortung für viele kostspielige Fehlentscheidungen (Dieselskandal, E-Mobilität) zu übernehmen und das sollte nicht auf Kosten der Arbeitsplätze gehen.

Nun soll es auch der Unternehmenszentrale in Berlin an den Kragen gehen. Die Stollberger Belegschaft protestiert bereits seit Januar mit Kundgebungen. Seit dem 3. März gehen auch die Kolleginnen und Kollegen in



der Berliner Zentrale, Carnotstraße 1, immer am Dienstag = Tuesday (Tu-es-Tag) zur Protest-Mittags-Pause vor die Tür. Überwiegend sind die 1200 Beschäftigten in der Entwicklung beschäftigt.

Die Kolleginnen und Kollegen haben verstanden, dass sie ihren Abwehrkampf erfolgreich nur gemeinsam mit der IGM führen können. Deshalb werden viele jetzt auch Mitglied ihrer Gewerkschaft!



Nachdem Kay Braune, Delegierter von IAV, am 11.3. auf der Delegiertenversammlung über die Aktivitäten in seinem Betrieb berichtet hatte, stehen wir als Seniorinnen und Senioren solidarisch an ihrer Seite.

Nach den Protesten der letzten 3 Wochen geht es nach Ostern am Dienstag, 14. April, um 12 Uhr weiter.

Klaus Murawski

## 8. März 2026 Aktiv am Frauentag



wieder auf beiden Seiten. Das ist einfach und schön.

Wie in den letzten Jahren verteilten auch diesmal Manuela und ich vom DGB Kreisverband Mitte kleine DGB-Aufmerksamkeiten an die Frauen, die in den Geschäften im Berliner Hauptbahnhof am Frauentag arbeiten. Sie werden durch unser Mini-Geschenk wertgeschätzt. Die Freude darüber war

Und dieses Jahr waren wir auch beide auf der Demonstration, zu der der DGB Berlin mit einem breiten feministischen, stadtpolitischen und gewerkschaftlichen Bündnis aufgerufen hatte. Erfreuliche 30.000 demonstrierten vom Oranienplatz zum Roten Rathaus. Es war eine lebendige kreative Demonstration.



Hartmut Meyer



**Erst unsere  
Jobs,**

**DGB**

**dann eure Profite**

**1. Mai  
2026**

## **Tag der Arbeit in Berlin**

- 11:30 Uhr**    **Start der Demonstration**  
Strausberger Platz  
(U Strausberger Platz, U5)  
Mit Reden von Arbeitskämpfenden und  
aktiven Ehrenamtlichen der DGB-Jugend
- 12:00 Uhr**    **Kundgebung**  
vor dem Roten Rathaus  
Begrüßung: **Katja Karger**,  
Vorsitzende DGB Berlin-Brandenburg  
Hauptrede: **Robert Feiger**,  
Vorsitzender der IG BAU
- Bis 15 Uhr**    **Maifest mit Angeboten für  
die ganze Familie**  
vor dem Roten Rathaus

**Alle Infos: [berlin.dgb.de](http://berlin.dgb.de)**



V.i.S.d.P.: DGB Berlin, Daniel Wucherpfennig, Keithstraße 1, 10787 Berlin

# Wer den Sozialstaat gefährdet – gefährdet die Demokratie

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unter dieser Überschrift werden wir IG Metall Senior\*innen 2026 mit einem Stand beim 1. Mai Fest vor dem Roten Rathaus wieder dabei sein. "Die Rente ist sicher - so geht's!" wird die Aufforderung an unsere Gäste sein, an unserer Infotafeln über 6 Aussagen zur Rente abzustimmen. Außer heißen Würstchen und Getränken gibt es wieder viele Überraschungen beim 1. Mai. Also seid dabei!

Um 11:00 Uhr versammeln wir uns schon vor unserem Transparent am Straußberger Platz.

Klaus Murawski



## Besuch Olympiastadion Berlin im Juni 2026

Termin steht noch nicht endgültig fest, voraussichtlich in der Zeit vom 16.-19.06.26

Anmeldung 18.05.2026

## Besuch Pfaueninsel im Juli 2026

Termin findet voraussichtlich zwischen dem 01.07. und dem 08.07. statt, bevorzugt der 08.07.26

Anmeldung am 08.06.2026

Telefonnummer für die Anmeldung: 030 25387-160

Anmeldung jeweils von 10 bis 13 Uhr.

Mitgliederversammlung: Mittwoch, 24.06.2026, 14 Uhr, Alwin-Brandes-Saal.

Thema: Wohnen mit dem Schwerpunkt Mietendeckel

AG Begegnung und Kultur